



Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

29. Sitzung (öffentlich)

8. November 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:04 Uhr bis 12:23 Uhr

Vorsitz: Dr. Robin Korte (GRÜNE)

Protokoll: Vanessa Kriele

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024) 5

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5000
Vorlage 18/1410 (Erläuterungsband)

Berichte der Landesregierung zu Einzelplan 14
Vorlage 18/1729
Vorlage 18/1844

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Alle in dieser Sitzung gestellten Änderungsanträge einschließlich ihrer Begründungen sowie das jeweilige Abstimmungsverhalten der Fraktionen sind Vorlage 18/1912 zu entnehmen.

Alle vorliegenden Änderungsanträge werden vom Ausschuss abgelehnt.

Der Ausschuss stimmt dem Einzelplan 14 in seinem Zuständigkeitsbereich in unveränderter Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD zu.

- 2 Vorstellung von DIGITAL.SICHER.NRW (Präsentation [s. Anlage 1]) 20**
– Gespräch mit Sebastian Barchnicki (DIGITAL.SICHER.NRW)
- 3 Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2]) 31**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1830
– mündlicher Bericht der Landesregierung
– Wortbeiträge
- 4 Sonnenenergie: Kommunale Bauvorschriften dürfen „Freiheitsenergien“ nicht ausbremsen 36**
Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4133
Ausschussprotokoll 18/347 (Anhörung vom 15.09.2023)
– abschließende Beratung und Abstimmung
– keine Wortbeiträge
Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimme der FDP-Fraktion bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.
- 5 Gute Energiepreise – gute Industrie: Industriestrom muss bezahlbar werden 37**
Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/4572
Ausschussprotokoll 18/329 (Anhörung vom 08.09.2023)
– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme der AfD-Fraktion ab.

6 Hochlauf von Speichertechnologien als Schlüssel für klimaneutrale Energiewirtschaft vorantreiben **38**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/6367

– keine Wortbeiträge

Im Ausschuss regt sich kein Widerspruch gegen den Vorschlag der Obleute, auf Wunsch der antragstellenden Fraktion am 31.01.2024 eine Sachverständigenanhörung durchzuführen. Je Fraktion dürfen zwei Sachverständige benannt werden.

7 Volle Priorität auf neue Arbeitsplätze: Strukturwandel muss jetzt Chefsache werden! **39**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/6382

– keine Wortbeiträge

Im Ausschuss regt sich kein Widerspruch gegen den Vorschlag der antragstellenden Fraktion, die abschließende Beratung und Abstimmung in der kommenden Ausschusssitzung vorzunehmen.

8 Aktueller Konjunkturbericht (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3]) **40**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1840

– Wortbeiträge

9 Verschiedenes

45

– keine Wortbeiträge

* * *

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5000
Vorlage 18/1410 (Erläuterungsband)

Berichte der Landesregierung zu Einzelplan 14
Vorlage 18/1729
Vorlage 18/1844

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an die zuständigen Fachausschüsse am 23.08.2023 mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgen)

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Zusätzlich zu der Beantwortung der Fragen der Fraktionen von SPD und FDP in Vorlage 18/1729 zur vorherigen Sitzung haben uns mit Vorlage 18/1844 weitere Antworten auf Nachfragen der FDP-Fraktion erreicht. In der heutigen Sitzung des Ausschusses wollen wir den Tagesordnungspunkt nicht nur zum dritten Mal aufrufen, sondern auch die abschließende Aussprache und Abstimmung zu Einzelplan 14 und den vorliegenden Änderungsanträgen vornehmen und unser Votum an den federführenden Haushalts- und Finanzausschuss abgeben.

Ich weise im Vorfeld darauf hin, dass eine Reihe von Änderungsanträgen eingegangen sind, darunter einer der SPD-Fraktion und mehrere der AfD-Fraktion, und eröffne damit die Debatte.

Dietmar Brockes (FDP): Wenn von anderer Seite kein Interesse besteht, machen wir gerne den ersten Aufschlag. Wir beraten heute abschließend über den Einzelplan 14. Die Regierungsfaktionen und Sie, Frau Ministerin, versuchen das immer als Sparhaushalt darzustellen, um all die Wünsche, die Ihnen noch vorliegen, aber nicht recht sind, abweisen zu können.

Aber wenn man sich den Haushalt anschaut, erkennt man keinen Sparhaushalt. Das Niveau ist mit dem des vergangenen Jahres vergleichbar. Es ist ähnlich hoch. Bei den Selbstbewirtschaftungsmitteln stehen mehr als 3,3 Milliarden Euro zur Verfügung. Der Einzelplan erfährt im Vergleich zur Vor-Corona-Zeit eine leichte Steigerung.

Diese Rhetorik können Sie sich wirklich schenken. In diesem Haushalt werden diejenigen Mittel gestärkt, die dem Erreichen der Klimaziele dienen – das haben Sie so auch wortwörtlich gesagt –, und alles andere eben nicht. Damit fördert das Land bzw.

Schwarz-Grün in der jetzigen wirtschaftlichen Lage am Bedarf der Wirtschaft sowie der Industrie vorbei und beglückt leider nur die eigenen Zielgruppen.

Im Bereich der Klimaschutztechnik wird gefördert, was schon längst marktfähig und wo die Nachfrage aufgrund der gestiegenen Energie- und CO₂-Preise bereits hoch ist. Anders sieht es dagegen bei Fördermitteln für disruptive Technologien aus, die unsere Wirtschaft und gerade auch die Industrie zukunftsfähig machen könnten. Ich nenne nur Quanten-Computing, KI, Robotik, Cybersicherheit, 5G, digitaler Mittelstand. Hier sehen wir zum Beispiel ein Minus von 100 Millionen Euro.

Es ist zwar richtig: Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden, aber Sie haben hier aus unserer Sicht leider die falsche Priorisierung. Wir müssen nämlich bessere Standortbedingungen schaffen, damit die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen wettbewerbsfähiger wird und die Unternehmen, egal ob Konzerne, Mittelstand oder Handwerk, hier in die Zukunft investieren.

Die Abrufzahlen der Förderprogramme des Landes zeigen deutlich, dass die Unternehmen wenig Interesse an Ihren Fördermitteln haben. Wir brauchen stattdessen Investitionsanreize für Forschung und Entwicklung, moderne Energieinfrastrukturen, den Ausbau der Nah- und Fernwärme, Wasserstoffpipelines und Energiespeicher. Wir brauchen insbesondere Investitionsanreize für Forschung und Entwicklung in Schlüsselbranchen wie KI, Quanten-Computing, Robotik und Chip-Design – ich habe sie schon genannt –, die unser Bundesland zukunftsfähig machen

Alle diese Bereiche werden im Einzelplan 14 der Landesregierung leider vernachlässigt. Echte Innovationsförderung findet nicht statt. Auch bei den Exzellenz Start-up Centern und der Innovationsförderung im Mittelstand will die Landesregierung sparen.

Ich fasse zusammen: Mittel für Zukunftstechnik werden gestrichen und einseitig für die Förderung längst marktgängiger Klimaschutztechnik umverteilt. Einige Unternehmen nehmen die Förderung gerne mit. Aufgrund der Rahmenbedingungen würde aber so oder so in diese Technologien investiert. Wir brauchen stattdessen einen Haushalt, der echte Innovationen und eine moderne Infrastruktur anreizt, und kein Programm, das Klimaschutz weiter bürokratisiert.

Liebe Frau Ministerin, im Wahlkampf hieß es bei Ihnen: „Erlebe dein grünes Wirtschaftswunder“. Wenn sich die Unternehmerinnen und Unternehmer in diesem Land die jetzige Wirtschaftslage und Ihre falsche Prioritätensetzung angucken, dann wissen sie leider, was das bedeutet. Deshalb werden wir diesen Haushalt ablehnen.

Auch den uns vorliegenden Änderungsanträgen der übrigen Oppositionsfraktionen können wir leider nicht zustimmen, da wir nicht sehen, dass sie diesen Entwurf in die richtige Richtung lenkten. Wir werden unsere Änderungsanträge in den weiteren Haushaltsberatungen einbringen.

Jan Matzoll (GRÜNE): Ich finde es in der aktuellen finanziellen Situation, die nicht nur das Land, sondern auch den Bund und die Kommunen betrifft, schon etwas gewagt, die Rede von einem Sparhaushalt als reine Rhetorik zu bezeichnen. In Zeiten hoher Inflation ausschließlich auf die nackten Zahlen und nicht darauf zu gucken, was damit zu finanzieren ist, ist schon – sagen wir es so – erstaunlich unterkomplex. Darüber

hinaus werfen Sie noch ganz viele Buzzwords ein, die Sie mal gehört haben. Ich weiß nicht, ob das dem Thema gerecht wird.

Es dürfte Sie nicht überraschen, dass wir bezüglich des Haushaltsentwurfs eine andere Einschätzung haben. Das MWIKE setzt mit dem Haushalt 2024 unserer Meinung nach ganz klar und sinnvoll auf die Klimawende, die Kreislaufwirtschaft und daran angrenzende Aspekte.

Auch wenn die FDP das vielleicht nicht einsehen mag, geht es in Zeiten knapper Kassen und gleichzeitig gestiegener Bedarfe nicht anders, als sinnvoll zu priorisieren und zu entscheiden, wo die Politik bzw. das Land nicht nur Rahmen setzen, sondern auch selbst als Fördergeber ins Geschehen eingreifen muss. Das passiert mit diesem Haushalt ganz klar.

Die klaren Zuspitzungen auf die Herausforderungen der Transformation können auch nicht nur auf Basis des Status quo gedacht werden, wie das gerade aus dem – sagen wir mal – eher rückwärtsgewandten Statement der FDP hervorging, sondern müssen daran gemessen werden, welche Aufwendungen nötig werden, um die verursachten Schäden durch einen ungebremsten Klimawandel zu regulieren.

Das MWIKE hat nicht nur einen soliden, sondern einen wirklich fein ausbalancierten und präzise zugespitzten Haushaltsentwurf vorgelegt. Viele wichtige Förderungen und zentrale Möglichmacher sind natürlich auch Kofinanzierungen gemeinsam mit dem Bund und bzw. oder der EU. Bevor ich vielleicht noch einmal kritisch nach Berlin blicke, gehört es zur Ehrlichkeit zu sagen, dass gerade das Megathema „Strukturwandel“ nur dank gemeinsamer Förderung mit Bund und EU möglich ist. Hier greifen die einzelnen Räder zum Wohle NRWs gut ineinander.

Das gilt leider nicht für alle Themen. Herr Brockes, ich werde es Ihnen auch im Rahmen der Haushaltsdebatte nicht ersparen können, über den Brückenstrompreis und die verantwortungslose Haltung des Bundesfinanzministers zu sprechen, wenn wir über die Zukunft der energieintensiven Industrie Nordrhein-Westfalens reden. Dieses drängende Thema muss zentraler Bestandteil dieser Debatte sein, weil es für den zukünftigen Wohlstand unseres Landes ganz entscheidend ist.

Wir können viel über die Förderung von KMU in der Transformation, den Bürokratieabbau und die notwendige Planungsbeschleunigungen sowie blumig über Transformationsfonds sprechen oder ganz konkret über die Weiterentwicklung von Werkzeugen wie Fin.Connect.NRW, die vielen ganz konkret den Zugang zu Geldern zur Realisierung der Transformation ermöglichen. All das ist super wichtig und findet sich im Haushalt sowie in der allgemein täglichen Arbeit des Ministeriums wieder.

Es wird aber nicht ausreichen, wenn wir die Energiepreise nicht auf ein wettbewerbsfähiges Maß reduzieren. Allein mit dem Brückenstrompreis geht es nicht. Die Senkung der Stromsteuer ist ebenfalls ein wichtiges und in die Brücke wirksames Instrument. Darin sind wir uns vermutlich sogar einig, Herr Brockes. Ohne den Brückenstrompreis geht es aber eben auch nicht.

Man kann sich in diesem Zusammenhang Scheindebatten wie der Verlängerung der Braunkohleverstromung hingeben oder immer wieder lamentieren, dass der Mittelstand

jetzt die Großindustrie subventionieren solle, oder man kann ernsthaft für unsere Industrie, für tariflich gebundene Arbeitsplätze und echten Klimaschutz kämpfen. Kleiner volkswirtschaftlicher Exkurs: Auch unser Mittelstand ist zu einem nicht unerheblichen Teil energieintensiv, und auch die Unternehmen, die selbst nicht energieintensiv sind, sind zu großen Teilen auf eine starke Industrie in NRW angewiesen.

Zurück zum Haushalt: Blicken wir der Realität ins Auge. Wir haben einen Sparhaushalt. Ein Anwachsen aller Töpfe, so wichtig sie jeweils sind, ist einfach nicht möglich. In Anbetracht der finanziellen Möglichkeiten ist dem MWIKE ein guter und zugespitzter Haushalt gelungen, der die Zukunftsinvestitionen in den Mittelpunkt rückt, ohne dabei die kurzfristigen Notwendigkeiten für eine Erholung der Wirtschaftsleistung NRW aus dem Blick zu verlieren. Wir haben keine Änderungsanträge und stimmen dem Haushalt zu. Wir bedanken uns bei der Ministerin und dem gesamten Ministerium für die starke und zielgerichtete Arbeit in mehr als schweren Zeiten.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrte Frau Ministerin, im Erläuterungsband schreiben Sie von überlappenden und beständigen Krisen, die unsere wirtschaftliche Lage prägen. Ja, diese Krisen gibt es, allerdings treffen diese Krisen, wie der russische Überfall auf die Ukraine und der entsetzliche Überfall palästinensischer Mörderbanden auf friedliche Menschen, alle Länder der EU gleichermaßen. An der Stelle sind die Krisen dann einfach nur Ausreden. Es sind billige Ausreden für das, was Ihnen und Ihrer Landesregierung nicht gelingt, Frau Ministerin.

Die USA haben ein positives Wirtschaftswachstum. Die EU, der Euroraum, hätte das auch, aber er wird vom kranken Mann Deutschland heruntergezogen. In Deutschland ist das Wachstum negativ. NRW, Ihr ganz persönlicher Verantwortungsraum, Frau Neubaur, und seine energieintensive Industrie nehmen da eine ganz schlechte Rolle ein und ziehen Deutschland nochmals weiter herunter.

Die Zukunft sieht noch düsterer aus. Ihr ideologischer Tunnelblick blendet alle Realitäten aus. Sie erzählen uns immer wieder das Märchen, der Ausbau der sogenannten Erneuerbaren wäre für die CO₂-Emissionen wichtig. Was für ein ausgemachter Unfug. Heute Morgen um 7:00 Uhr hat Frankreich Strom mit Emissionen von 40 g je Kilowattstunde erzeugt, Deutschland hingegen mit 309 g je Kilowattstunde. Verheerender kann das Urteil über den von Ihnen durchgepeitschten Weg doch gar nicht ausfallen.

Sie erzählen auch weiterhin das Märchen, der Ausbau der sogenannten Erneuerbaren wäre ökonomisch vorteilhaft. Der Ausschuss war vor ein paar Wochen im Sauerland unterwegs. Dort hat uns der Waldbauer erzählt, dass er für die neuen Windkraftanlagen demnächst 9,4 Cent pro Kilowattstunde bekomme – und Sie wollen uns erzählen, Sie würden einen Industriestrompreis von sechs Cent erreichen.

Wir haben gesehen, was notwendig ist. Es braucht kilometerweise Leitungen in Gebieten, in denen bisher keine Kraftwerke standen. Der Konverter in Osterath verursacht neue Kosten. Amprion schätzt die Kosten für Erdkabel, die von der Nordsee, wo es keine Industrie gibt, in die Industrieregionen verlegt werden müssen, auf 200 Milliarden Euro. Das alles ist eben nicht ökonomisch vorteilhaft. Sie erwähnen auch die wahrschein-

lich mehr als 2.000 Milliarden Euro nicht, die notwendig wären, um ein Speichersystem aufzubauen.

Sie erzählen uns dann aber auch noch das Märchen, diese sogenannten Erneuerbaren würden uns unabhängig und souverän machen. Das ist schon eine sehr schöne Form der Souveränität, wenn US-Unternehmen 150 Millionen US-Dollar pro Flüssiggasschiff einstreichen. Jedes Schiff bedeutet 150 Millionen US-Dollar Gewinn für die Amerikaner, während das Gas bei uns in Deutschland im Boden bleibt, weil Sie es nicht fracken möchten.

Natürlich wollen Sie auch kein Gas aus Russland. Aber Sie nehmen Gas von Ihrem Geschäftspartner aus Katar, aus dem Land, in dem auch schon mal eine Hand abgehackt wird und das einer der Hauptfinanziers der muslimischen Mörderbande Hamas ist, die Israel überfallen hat. Frau Neubaur, das ist keine Souveränität und keine Unabhängigkeit.

Ihre Wirtschafts- und Energiepolitik bietet entgegen Ihrer vollmundigen Behauptungen auch keine Wachstumschancen. Ihre Politik ist betreutes Firmensterben. Die traurige Realität Ihrer Politik ist: Sie gefährden 120.000 Arbeitsplätze im Rheinischen Revier und in deren Umfeld. Die hier noch verbleibenden Industriearbeitsplätze sollen hingegen in eine Dauersubventionswattensystematik gepackt werden, wie das aktuell bei thyssenkrupp der Fall ist. Sie rühmen sich, 700 Millionen Euro an Subventionen aus Landesmitteln an thyssenkrupp zu vergeben, damit der gleiche Stahl wie bisher hergestellt wird, nur angeblich klimaneutral.

Diese Dauersubventionen sind auch hier im Haushalt an zahlreichen Stellen zu erkennen – hunderte von Millionen Euro. Wir von der AfD stehen für die Bürger, wir stehen für all die Fleißigen da draußen, denen auf unerträgliche Weise immer höhere Abgaben abgepresst werden, mit denen die wirren Klimafantasien bezahlt werden sollen. Deshalb lehnen wir Ihren Entwurf nicht nur ab, sondern versuchen mit unseren Änderungsanträgen auch 289 Millionen Euro für unsere Bürger zu sparen.

André Stinka (SPD): Wir haben uns schon in der vorherigen Wirtschaftsausschusssitzungen über den Haushalt unterhalten. Für die SPD-Landtagsfraktion bleiben die Kritikpunkte nach wie vor bestehen. Die Einsparungen bei der Wärmeplanung in Zeiten einer schwierigen Situation der kommunalen Haushalte halten wir für ein falsches Signal. Wir wissen, dass die Landesregierung keinen kommunalfreundlichen Kurs fährt, der vom Wirtschaftsministerium flankiert würde.

Wir haben immer wieder die Antwort erhalten, die Landesregierung warte auf die Ausführungen aus Berlin. In diesem Monat wird das Gesetz zur kommunalen Wärmeplanung den Bundestag erreichen. Das wissen wir. Wir hätten uns gewünscht, dass man viel frühzeitiger und deutlicher mit den Kommunen gemeinsam in einen Austausch darüber tritt, was man hier im Januar 2024 organisieren will. Da helfen keine Dialogrunden.

Gleichzeitig werden die Mittel nicht erhöht. Aus unserer Sicht ist das in zweierlei Hinsicht ein falsches Signal. Das habe ich letztes Mal ausgeführt. Zum einen gibt es für die kommunalen Haushalte keine Planungssicherheit, und die Kommunen haben sich an den Ministerpräsidenten gewandt. Zum anderen macht das deutlich, dass Investitionen in einer wirtschaftsschwachen Situation, die wir alle beklagen, zurückgefahren

werden; in Zeiten – auch das habe ich schon in der vergangenen Ausschusssitzung gesagt –, in denen die Kommunen Teilhaber der Wirtschaft sind und mit ihren Investitionen auch dazu beitragen.

Wir haben hier auch immer wieder die Fernwärmenetze thematisiert. Seitens der Landesregierung und der regierungstragenden Fraktionen sehen wir aber keine Zeichen für eine weitere Unterstützung der Transformation in diesem Bereich.

Ja, man muss Schwerpunkte setzen. Die SPD-Landtagsfraktion hält die Schwerpunkte in dem Bereich jedoch für falsch, auch was die Geothermie und das Fündigkeitsrisiko angeht. Immer auf Berlin zu warten, ist nach meiner Einschätzung – die teilt auch der eine oder andere Kollege – zu wenig. Wir wissen, dass andere Bundesländer in diesen Bereichen deutlich aktiver sind. Wenn Schwerpunkte gesetzt werden, was wir für richtig halten, müssen gerade die Bereiche „Geothermie“ und „Fündigkeitsrisiko“ aus unserer Sicht eine entscheidende Rolle spielen.

Das Thema „Industrie und Mittelstand“ ist angesprochen worden. Wir werden heute über einen Änderungsantrag der SPD-Landtagsfraktion abstimmen. Nach unserer Einschätzung muss sich das Land, wie viele andere Bundesländer auch, deutlich mehr Gedanken darüber machen, wie Unternehmerinnen und Unternehmer, die schließlich bereit sind, in Klimaschutz und effiziente Technologien zu investieren, mittels eines Transformationsfonds grundsätzlich unterstützt werden sollten.

Wir sind, das bekunden wir jeden Sonntag und jeden Montag, ein Industrieland. Die Eigenkapitalquote reicht in vielen Bereichen bekanntlich nicht für die notwendigen Investitionen in Richtung von Effizienz und Wasserstofftechnik. Die sind vor dem Hintergrund der hohen, momentan zu zahlenden Energiepreise und mangelnder Bonität so nicht aufzubringen. Wir hätten uns gewünscht und bleiben natürlich auch bei unserem Änderungsantrag dazu, dass das Thema „Transformationsfonds“ diskutiert wird. Wir sehen im Saarland, dass das Arbeit macht und kompliziert ist. Damit kann man aber ein Signal sowohl in die Wirtschaft als auch in die gesamte Gesellschaft senden, dass das Land bzw. der Staat die Unternehmerinnen und Unternehmer nicht alleine lässt.

Wir sprechen in unseren Sitzungen auch immer darüber, dass Planungssicherheit und Verlässlichkeit politischen Handelns wichtige Güter sind. Vor diesem Hintergrund und angesichts der vom DGB vorgestellten Studie zum Thema „Investitionen“ glauben wir, dass die Landesregierung hier mit ihren Teilfinanzierungen, den Kreditangeboten, viel zu kurz springt und so das Signal gibt, dass man den nötigen Mut nicht aufbringt.

Der Blick nach Berlin wird sicherlich gleich wieder kommen. Der ist immer schön. Ich erwarte aber schon, dass ein solch großes Land wie Nordrhein-Westfalen hier vorangeht. Der Ministerpräsident äußerte vor wenigen Tagen Zweifel, ob er es schaffen könne, den von ihm und von Ihnen verhandelten frühzeitigen Kohleausstieg zu organisieren, und verwies auf die Kraftwerksstrategie. Das zeigt aus unserer Sicht, dass man zwar tolle Ziele vereinbart und schöne Bilder macht, aber wenn es wirklich schwierig wird, immer Berlin der Handelnde ist, der die Dinge vermeintlich regeln muss.

Die Kraftwerksstrategie wird diskutiert. Das wissen Sie und das grün geführte Ministerium in Berlin. Aber Sie wissen auch, für wie viel Unsicherheit der Ministerpräsident eines der größten Industrieländer sorgt, wenn er ein solches Signal setzt. Er muss

damit rechnen, dass die SPD-Landtagsfraktion den Finger in die Wunde legt, wenn vorsichtig versucht wird, Zweifel anzumelden, ob der Kohleausstieg 2030 zu halten sei.

Das Interview ist durch die Medien gegangen. Das war nicht hilfreich für den Wirtschaftsstandort. Wir werden das weiterhin deutlich kritisieren. Der Ministerpräsident steht mit Ihnen gemeinsam in der Verantwortung, hier für Sicherheit und Klarheit bei den Unternehmerinnen und Unternehmern und denjenigen zu sorgen, die wir für die von uns allen gewünschte Umstellung der zukünftigen Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen brauchen.

Für uns ist klar, dass wir dem Haushaltsteilplan Wirtschaft so nicht zustimmen werden. Unserem Antrag, den wir gleich zu beraten haben, werden wir zustimmen.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Ich habe mich bisher in der ersten Runde etwas zurückgehalten, weil ich es für das Vorrecht der Oppositionsfraktionen halte, als Erste reinzugehen und ihre Vorschläge zu begründen.

Den Haushaltsentwurf halte ich, wie in der vergangenen Sitzung gesagt, für einen guten Aufschlag. Klar ist: Man kann sich mehr Zahlungen, Förderungen und Investitionen wünschen, aber die Haushaltslage ist nun mal so, wie sie ist. Deswegen ist es richtig, dass etwas eingespart wird und die Mittel in einigen Bereichen leider runtergehen. Die Schwerpunkte sind aus unserer Sicht richtig gesetzt.

Beim Kollegen Brockes klang es so, als ginge es nur um Themen wie erneuerbare Energien. Es gibt auch andere Dinge, wie zum Beispiel die Wasserstoffwirtschaft, die man mit 1 Milliarde Fördergeldern in den kommenden Jahren ausstatten wird – eindeutig ein Thema für Nordrhein-Westfalen –, die Förderung des industriellen Mittelstands und wichtige Industrien.

Für die Förderung von thyssenkrupp werden zwar wahnsinnige Summen aufgebracht, aber es ist auch eine wichtige Industrie für unser Nordrhein-Westfalen. Wir sind uns sicher, dass es mit dieser Förderung gelingen wird, hier ein absolutes Vorzeigeprojekt zu schaffen, mit dem dann die Arbeitsplätze und auch die Wertschöpfungsketten gesichert werden können. Wir brauchen Stahl schließlich nicht nur um seiner selbst willen, sondern für viele andere Branchen auch.

Die Titelgruppe 60 „Mikroelektronik, Halbleiter“ sieht eine deutliche Förderung vor. Auch das ist eine Zukunftstechnologie. In der Titelgruppe 61 „Förderung von Innovation“ geht es um Quanten-Computing, Künstliche Intelligenz, Robotik und Cybersicherheit. Die entsprechenden Mittel fallen 2024 mit 26 Millionen Euro deutlich höher aus als zum Beispiel im Haushalt 2020. Da waren es nämlich nur 14 Millionen Euro. Insofern sieht man, dass auch in diesen Bereichen, in den Zukunftsbereichen, Gelder fließen und dort gefördert wird.

Für uns sind auch die Bereiche „Digitalisierung der Wirtschaftsverwaltung“ und „digitale Dienstleistungen“ wichtig. Das Wirtschafts-Service-Portal ist ein absolut wichtiges Instrument für die Wirtschaft. Wir brauchen dringend mehr Vereinfachung, Digitalisierung und Beschleunigung in den Verfahren. Auch hier werden die Mittel noch mal um 7 Millionen Euro aufgestockt. Deswegen geht dieser Haushalt insgesamt sehr gut mit der schwierigen Haushaltslage um und sieht die richtigen Investitionen für die Zukunft vor.

Ich möchte noch auf ein paar Argumente der SPD antworten. Ich finde es etwas un-kreativ, immer nur zu sagen, wir bräuchten diesen Investitionsfonds im Umfang von 30 Milliarden Euro, und auf das Saarland zu zeigen, das diesen schon aufgelegt habe. Ich will noch einmal ganz deutlich sagen: Ich halte einen solchen riesigen Transformationsfonds, der letztlich ein Sondervermögen darstellt, aus haushaltsrechtlichen Gründen für den absolut falschen Weg.

Im Saarland umfasst er nur 3 Milliarden Euro. Aber das Saarland ist viel kleiner. Dort hat sich Landtag dazu aufgemacht, Geld aus einem Kredit auszugeben, der erst ab 2035 bis 2070 getilgt werden soll. Das sind Gelder, die gerade nicht verfügbar sind. Es sind Kredite, die nicht nur verzinst, sondern auch zurückgezahlt werden müssen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass ich den Bürgerinnen und Bürgern, die in der Zukunft, noch in vielen Jahrzehnten hier leben, eine so hohe Last aufbürden wollte, weil die das nämlich verzinst zurückzahlen müssten.

Sie können lachen und sagen, die schwarze Null sei ein Fetisch. Ich halte es aber aus nachhaltiger Sicht für falsch, heute Entscheidungen zu treffen, für die wir sehr viel Geld ausgeben, das unsere Kinder und Kindeskinde in vielen Jahrzehnten zurückzahlen müssen. Das ist keine nachhaltige und vernünftige Politik. Es ist sogar eine sehr ungerechte Politik auf dem Rücken der nachfolgenden Generationen.

Deswegen ist es uns sehr wichtig, dass wir bei allen Schwierigkeiten eine Haushaltspolitik machen, die mit dem auskommt, was der Staat gerade hat. Wir können damit die notwendigen Investitionen stemmen. Das zeigt dieser Haushalt. Dies ist eine viel bessere Politik, als zu sagen: Ich zaubere mir einfach einmal mehrere Milliarden Euro im Jahr.

Der Kollege Matzoll hat es schon gesagt, und auch wir hatten es in der vergangenen Sitzung so formuliert. Wir halten es für einen guten Einzelplan und einen guten Haushalt und empfehlen daher auch den Kolleginnen und Kollegen zuzustimmen.

StS'in Silke Krebs (MWIKE): Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich will gern auf einige Punkte eingehen, die Sie angeführt haben. Herr Brockes, Sie haben gesagt, das sei gar kein Sparhaushalt. Das sei ein ganz normales Volumen. Ich verbuche das mal als Lob für uns, weil die Bedingung dieses Haushalts war – so etwas habe ich selten erlebt –, dass alles, was wir neu machen, aus dem Bestand gegenfinanziert werden musste.

Wir konnten also nur über Umschichtungen arbeiten. Wenn dieser zusätzlich mit Einsparauflagen zur Finanzierung wichtiger Gesamtaufgaben gebaute Haushalt bei Ihnen als ganz normaler Haushalt ankommt, dann haben wir unseren Job möglicherweise gar nicht so schlecht gemacht. Herr Untrieser hat es schon erwähnt.

Wenn wir uns gegenseitig immer Ideologie vorwerfen, gibt es eine Gruppe, die davon besonders profitiert. Der Rest des Hauses ist sich hoffentlich darin einig, dass wir das nicht wollen. Man muss schon mit einem recht eingeschränkten Blick auf unseren Haushalt schauen, um zu behaupten, wir täten gar nichts für Quantentechnologien, Start-ups und Gründungen, Chips, Wasserstoffpipelines und Speicher. Das alles ist in diesem Haushalt enthalten. Wir tun das auch aus Überzeugung.

Wir haben uns gerade in Sachen „Quantentechnologie“ mit dem Wissenschaftsministerium und der zuständigen Vernetzung dort zusammengesetzt. Dazu wird jetzt eine Roadmap erstellt. In dem Thema ist richtig Dynamik, weil es uns wichtig ist und es hilft, viele Zukunftsaufgaben zu lösen.

Auch wir stellen lieber einen Haushalt mit einem Budget auf, das wir auch noch für zusätzliche Aufgaben verwenden können. Das haben wir aber nicht, also haben wir das Mögliche getan. Bei Haushaltspositionen, die uns inhaltlich sehr am Herzen liegen, haben wir geschaut, wie viel des Ansatzes abgeflossen ist, und Teile der in der vorherigen Runde nicht genutzten Mittel umgewidmet, um damit etwas Neues zu machen. Das kann man jetzt als Kürzungen bezeichnen oder so verstehen, als sei es uns nicht wichtig. Für uns bedeutet es die Möglichkeit, gleichzeitig die Dinge, die uns wichtig sind, im bisherigen Umfang zu erhalten und trotzdem neue Impulse zu setzen.

Insofern halte ich das für ein sehr substanzielles Vorgehen. Natürlich ist es richtig, in Krisen auch mit Sondermaßnahmen zu reagieren. Wir haben zuletzt jedoch gemerkt, dass die Krisen blöderweise in einem sehr dichten Rhythmus kommen. Die Vorstellung: „Jetzt ist Krise, und ich mache jetzt etwas mit Sondermitteln“, funktioniert nicht. Es fängt an, sich zu einer Kette zu entwickeln.

Wir alle müssen jetzt in die Resilienzpunkte investieren, die wir stärken oder umbauen müssen, um stabiler durch Krisen hindurchzukommen. Dazu gehört in allererster Linie auch die Energieversorgung. Die müssen wir im Grunde substanziell auf eine stabilere Grundlage stellen und nicht immer versuchen, mit Sondermitteln über Krisen hinwegzurennen. Auch das muss man machen, aber wer einen Gegensatz zwischen der Wirtschaftspolitik und einer Politik aufstellt, die sich mit der Energieversorgung beschäftigt, hat – mit Verlaub – die Situation, in der wir sind, nicht verstanden.

Die Sicherstellung der Energieversorgung – nicht nur für den Moment, sondern auch für die weitere Zukunft – stellt die zentrale wirtschaftspolitische Aufgabe dar. Das liegt auch daran, dass sie in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten zur Seite geschoben wurde und man sich ein bisschen zu lange auf alte Technologien verlassen hat. Insofern ist das für uns kein Widerspruch.

Um das bei der Gelegenheit auch zu sagen: Man muss unsere Wirtschaftspolitik natürlich für Unfug halten, wenn man der festen Überzeugung ist, dass uns überhaupt kein Klimawandel droht, und die vielen Kosten durch die Starkwetterereignisse, die immer konkreter werden, näher rücken und gerade in Nordrhein-Westfalen angekommen waren, zur Seite schiebt und behauptet: Die gibt es gar nicht. Die betrachte ich überhaupt nicht. Den Klimawandel gibt es auch nicht. Ich betrachte die Folgen nicht. – Wenn man so auf die Lage blickt, kann man nicht verstehen, was wir da tun.

Wir sind uns nur relativ sicher, dass die Lage eine andere ist. Ich glaube, darin sind wir uns in diesem Haus auch weitgehend einig. Wir alle müssen bestrebt sein, unsere Energieversorgung zu modernisieren, auf erneuerbare Energien umzustellen und diesen Prozess zu beschleunigen, damit unsere Industrie eine Perspektive und eine Verlässlichkeit hat. Genau darauf legen wir einen Schwerpunkt.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Digitalisierung. Wir sind höchst überzeugt von unserem Wirtschafts-Service-Portal.NRW und davon, dass in der Digitalisierung der Wirtschaft ganz viele Lösungsinstrumente liegen.

Zur Wärmeplanung. Wir sind uns einig, dass dieses Thema ein ganz zentrales ist und seine Bedeutung in der nächsten Zeit zunimmt. Auch da haben wir versucht, diejenigen Mittel umzuwidmen, die nicht abrufbar waren. Zugleich haben wir dafür Sorge getragen, dass die Mittel zur Verfügung stehen, wenn sie benötigt werden.

Da Sie anscheinend andere Bundesländer gefunden haben, die in Sachen „Absicherung des Fündigkeitsrisikos“ schon weiter als NRW sind, würden wir uns über einen Hinweis freuen, weil wir kein einziges solches Bundesland kennen. Dabei sind wir zu diesem Thema in aktivem Austausch mit den anderen Ländern und dem Bund. Wir haben keines gefunden, das schon ein Absicherungsmodell für das Fündigkeitsrisiko hätte. Insofern freuen wir uns da sehr über einen Hinweis.

Ich will zum Schluss auf die Berlinfrage kommen. Sie haben es geahnt, Herr Stinka. Wir können das Spiel ad infinitum führen: Sie können also sagen, wir weisen immer nach Berlin. Wir weisen aber in den Fällen nach Berlin, in denen die Zuständigkeit dort liegt und wir die Instrumente nicht in der Hand haben, um die Probleme zu lösen.

(Nadja Lüders [SPD]: Naja!)

– Was in Gottes Namen sollen wir in NRW jetzt machen? Sollen wir versuchen, einen bundesweiten Industriestrompreis bzw. ein Brückenstrompreis einzuführen? Das können wir nicht. Dafür ist Berlin zuständig.

(René Schneider [SPD]: Rufen Sie doch mal Ihre Parteifreunde an!)

Liegt Ihnen die Planungssicherheit für die Industrie am Herzen? Für uns ist das ganz klar eine der größten Sorgen. Wir merken nämlich, dass Unternehmen aufgeben, weil sie bei den Energiepreisen keine Perspektive nicht mehr sehen. Sie kommen jetzt gerade noch klar und sagen: Wenn ich mir das jetzt anschau, habe ich doch keine Ahnung, was kommt, und hör lieber auf.

Unsere Investitionsprogramme werden nicht einfach nicht gewollt, sondern scheitern schlicht und einfach daran, dass die Unternehmen nicht die Ressourcen haben, um zu investieren. Deswegen müssen wir die Investitionsanreize stehen lassen. Wir müssen aber auch für Planungssicherheit sorgen. Die größte Hürde in dieser Sache betrifft die Energiepreisentwicklung für die energieintensive Industrie, sitzt in Berlin und trägt die Namen „Olaf Scholz“ und „Christian Lindner“. Das sind diejenigen, die verhindern, dass unsere zentrale Industrie Planungssicherheit und eine Perspektive bekommt.

(René Schneider [SPD]: So leicht kann man sich die Welt machen!)

Wir bekommen aus der Wirtschaft in NRW, mit der wir im intensiven Austausch sind, die Rückmeldung, dass sie die Wirtschaftspolitik hier als pragmatisch, konkret und lösungsorientiert erleben. So machen wir weiter. Ich bitte alle, die darauf Einfluss haben, darum – es ist der Verweis nach Berlin, aber wir sehen es alle –: Berlin muss besser werden, was die Planungssicherheit angeht.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Dietmar Brockes (FDP): Vielen Dank für Ihre Ausführungen, Frau Staatssekretärin. Da bei der Ministerin anscheinend kein Interesse an den Haushaltsberatungen besteht, bin ich froh, dass wenigstens Sie sich einbringen. Aber Sie wissen natürlich, dass das Lob deplatziert ist, das Sie sich selbst anheften wollten. Leider ist dies auch in den Antworten auf unsere Berichts-anfrage sehr deutlich geworden, die wieder viel zu spät geliefert wurden. Herr Matzoll hat das anscheinend nicht zur Kenntnis genommen.

Daran wird die fehlende Transparenz bezüglich der Umschichtungen in Ihrem Ministerium sehr deutlich. Es ist klar zu erkennen, dass diese politisch entschieden wurden, statt anhand von nachvollziehbaren und quantitativen Kriterien bzw. danach, wo letztendlich der Investitionsbedarf liegt.

Zu dem Thema „Investitionen in Innovation“. Herr Kollege Untrieser, Sie können natürlich immer Zahlen aus irgendeinem Jahr nehmen, die schlechter als die aktuellen sind. In der Titelgruppe 61 „Förderung von Innovation“ wurden in diesem Jahr 89 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Im vergangenen Jahr wurden 80 Millionen Euro abgerufen. Für den nächsten Haushalt haben Sie das Ganze auf nur 26 Millionen Euro heruntergefahren. Das ist ein klares Zeichen dafür, dass Sie hier die falschen Prioritäten setzen. Das wissen Sie. Die Zukunftsinvestitionen, die ich vorhin angesprochen habe, werden bei Ihnen völlig vernachlässigt. Das ist wirklich ausgesprochen traurig.

Jetzt kam selbst bei den Beratungen zu Ihrem eigenen Haushalt wieder der Hinweis auf Berlin. Das finde ich wirklich interessant. Gestern Abend fand das Martinsmahl der Bauindustrie statt. Wenn ich es richtig gesehen habe, gab es leider weder aus dem Wirtschaftsministerium, noch hier aus dem Ausschuss eine große Beteiligung. Die Kollegin Dr. Peill war da, aber ansonsten herrschte großes Gähnen.

Die Bauindustrie scheint für die Landesregierung und für die sie tragenden Fraktionen nicht so wichtig zu sein. Herr Kullmann von Evonik hat dort in seinen Ausführungen sehr deutlich gemacht, dass es längst nicht mehr um ein Industriestrompreis geht, sondern das in Forschung und Innovation investiert werden muss, Herr Matzoll. Er hat dabei natürlich sein Produkt angepriesen, das auf CO₂ basiert, und entsprechend genutzt wird. Aber es ist wichtig, dass wir in diese Sachen investieren. Das findet in diesem Haushalt leider nicht statt. Das habe ich vorhin schon ausgeführt.

André Stinka (SPD): Ich will noch einmal auf das eine oder andere eingehen, was gerade gesagt wurde. Ich habe vorhin das Thema „Geothermie“ angesprochen. Aber mir geht es darum, dass viele Bundesländer beim Thema „Wärmeplanung“ weiter sind als wir. Bei dieser Kritik bleiben wir auch. Wir haben in diesem Ausschuss immer wieder angemahnt, dass man frühzeitig mit den Kommunen reden muss, auch wenn man das Gesetz in Berlin verabschiedet. Sie kenne den Entwurf von Herrn Habeck vielleicht. Die Fristen 2026 bis 2028 ...

(Zuruf von StS'in Silke Krebs [MWIKE])

– Ich brauche keine Belehrung, Frau Staatssekretärin. Sie haben letztes Mal deutlich gemacht, dass mehr als Dialog notwendig ist. Das ist der erste Punkt. Zweitens reden wir über Planungssicherheit. Da finde ich es ganz spannend, dass Ihr Ministerpräsident in der Runde beim Kanzler hundert Punkte zu Genehmigungen und Planungen ange-

sprochen hat, aber schon zwölf Stunden später nicht mehr weiß, ob er dabei war. Das ist für mich mangelnde politische Führung.

Für mich bzw. für die SPD-Fraktion ist das ein Punkt, den wir deutlich ansprechen müssen: Entweder sitze ich beim Bundeskanzler oder nicht. Wenn ich nachher an die Öffentlichkeit gehe – jetzt werde ich wirklich emotional – und so tue, als hätte ich nichts erreichen können, dann bin ich entweder zu schwach, oder ich habe nicht mitgeschrieben. Ich kann mir nur eines von den beiden Dingen vorstellen. Das hat mit Planungssicherheit und Führung nichts zu tun.

Wenn Sie, wie wir es heute Morgen gemacht haben, mit Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaften sprechen, dann werden diese sagen: Was ist denn da passiert? – Wir alle wissen, dass Planungssicherheit und Verantwortungsübernahme in dieser schwierigen Zeit wichtig sind. Herr Wüst mag das anders sehen. Aber das ist nicht das, was wir von einem Ministerpräsidenten in dem Bereich erwarten. Da können Sie noch so viele Nebelkerzen in Bezug auf den Brückenstrompreis werfen, aber das ist kein ordentliches Wirtschaftshandeln. Dabei bleiben wir.

Beim Thema „Genehmigungen“ wurde jetzt geliefert. Keine Bundesregierung – da sollte die CDU auch ganz vorsichtig sein, sonst erinnern wir noch einmal an 16 Jahre Angela Merkel und den Stillstand –

(Romina Plonsker [CDU]: Daran waren Sie nicht beteiligt oder was? – Weitere Zurufe von der CDU)

– Ja, ja, natürlich.

(Zuruf von der CDU: Ach so! – Weitere Zurufe)

– Gucken Sie sich Ihren Ministerpräsidenten in den Tagesthemen oder in der Tageschau an.

(Romina Plonsker [CDU]: Irre! – Weitere Zurufe)

Ich frage mich: Wer hat eigentlich im Kanzleramt gesessen? Da bin ich ja äußerst erstaunt.

(Guido Déus [CDU]: Er ist auf jeden Fall der Falsche! – Heiterkeit von Michael Röls-Leitmann [GRÜNE])

– Herr Röls-Leitmann, Sie lachen. Das Problem ist nur: Der Bürger sieht das auch und denkt: Menschenskind, was hat der Hendrik denn da eigentlich gemacht? Hat er nicht zugehört, oder will er gar keine Einigung? Diese Frage muss die Landesregierung beantworten. Das werden wir sicherlich im Plenum noch einmal deutlich machen. Das zählt für uns nicht zu einem soliden wirtschaftlichen Handeln. Das will ich hier für die SPD-Fraktion auch noch mal sagen.

(Zuruf von Romina Plonsker [CDU])

Zum Thema „Transformationsfonds“. Bevor Sie den kritisieren, gucken Sie sich die Anträge der vergangenen zwei oder drei Jahre an. Dann werden Sie sehen, dass es sich nicht um Geld aus dem Landeshaushalt handelt, sondern um einen Fonds, der

bei der NRW.BANK eingerichtet wird, so wie es in der Geschichte der Bundesrepublik schon häufig Fonds gab.

Die schwarze Null ist ein spannendes Thema. Es ist auch richtig, dass man solide finanziert. Aber erklären Sie das den Leuten in Lüdenscheid. Da haben wir jahrelang gespart, und was haben wir jetzt? Riesige Schäden. Ich halte es immer für sinnvoll, sich Einnahmen und Ausgaben ordentlich anzuschauen und den Bürgern beizeiten deutlich zu machen, dass Ausgaben für Infrastruktur, auch soziale Infrastruktur, nicht einfach welche sind, die man der Zukunft aufbürdet, sondern dass man andernfalls den Kindern Schrott hinterlässt. Das möchte ich nicht.

(Beifall von der SPD)

Michael Röls-Leitmann (GRÜNE): Ich würde gerne auf ein paar Punkte eingehen. Beim Thema „kommunale Wärmeplanung“ geht es um verschiedene Dinge, unter anderem um die Möglichkeit für die Kommunen, sich schon jetzt bereit zu machen. Dafür ist aber auch die konkrete Ausgestaltung ausschlaggebend.

Ich weiß nicht, wie eng Sie in die Verhandlungen Ihrer Kolleginnen und Kollegen in der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin eingebunden sind. Ich höre von meinen Kolleginnen und Kollegen dort, dass durchaus auch noch einige nicht ganz unrelevante Punkte in der Verhandlung und Ausgestaltung sind. Es ist am Ende wichtig, wie das Gesetz konkret ausgestaltet wird.

Zu der finanziellen Situation gab es jetzt in verschiedenen Ausschusssitzungen und darüber hinaus von der Landesregierung ganz klar das Bekenntnis zum Konnexitätsprinzip. Das ist unmissverständlich klargemacht worden. Das wollte ich hier ergänzend einbringen.

Zum Kohleausstieg 2030. Herr Stinka, Sie haben meiner Erinnerung nach in der Debatte den Vorwurf erhoben, das Land ducke sich weg, wo es schwierig werde. In der Verständigung zum Kohleausstieg 2030 im Rheinland zwischen Bund, Land und dem bergbautreibenden Unternehmen gibt es eine gewisse Aufgabenteilung, also eine Festlegung dazu, wer wofür zuständig ist.

Die Restlaufzeit der Braunkohlekraftwerke ist vom Bundestag in einem Bundesgesetz geregelt worden. Die Leitscheidung ist in Nordrhein-Westfalen festgelegt worden, und dies halte ich angesichts der damit verbundenen Herausforderungen nicht für etwas Leichtes. Die Behauptung, das Land NRW täte dort, wo es schwer ist, nicht seinen Teil dazu, ist nicht wahr. Eigentlich sind gerade im Konkreten super schwierige Konflikte und Spannungsfelder aufzulösen und zu klären.

Es erschließt es sich mir deswegen nicht, wie Sie zu dem Ergebnis kommen, dass sich Nordrhein-Westfalen im Rahmen unserer Verständigung dort wegduckte, wo es schwierig wird. Eigentlich wird gerade dort Verantwortung übernommen.

Die Kraftwerksstrategie muss jetzt vorankommen. Das sagen doch, ehrlich gesagt, auch Fraktionsmitglieder von SPD und Grünen in den Bundestagsfraktionen. Das habe ich schon von beiden Seiten gehört. Das ist immer wieder Thema. Deswegen erschließt es sich mir nicht, wieso die Landesregierung dafür angegriffen wird. Es gibt Dinge, die

im Bund geregelt werden müssen. Das hat die Staatssekretärin vorhin auch noch einmal treffend dargestellt.

Die von Ihnen vorgebrachten Kritikpunkte an dem Einzelplan 14, bei denen Sie sagen, da sollte es mehr Geld geben, sind sicherlich auch alle legitim und berechtigt. Sie haben den Änderungsantrag zum Transformationsfonds vorgelegt. Sind von der SPD-Fraktion noch weitere Änderungsanträge geplant? Mich würde nämlich interessieren, wo Sie das Geld für diejenigen Bereiche hernehmen, für die Sie gerne höhere Beträge ansetzen würden. Wie schichten Sie das um? Wenn das noch kommt, bin ich gerne bereit, das abzuwarten. Ich hätte es gut gefunden, wenn wir schon in diesem Rahmen darüber hätten reden können.

(Nadja Lüders [SPD]: Nett, oder?)

– Das ist einfach eine ehrliche Rückfrage. Sollten nämlich keine konkreten Vorschläge mehr zur Umschichtung kommen, wäre es natürlich ein bisschen merkwürdig, zu sagen, hier und dort fehle Geld, aber keine Vorschläge dafür zu machen, wo dieses Geld herkommen soll.

Das Gleiche gilt in Richtung der FDP. Herr Brockes, Sie haben bereits angekündigt, dass von Ihnen im weiteren Verfahren noch Änderungsanträge kommen. Sie sagen: Es ist kein Sparhaushalt. – Ich bin gespannt, wie Sie Ihre Prioritäten setzen bzw. das Geld für alles Mögliche aus dem Hut zaubern werden. Ich freue mich auf die Debatte, die wir führen werden, wenn uns dann etwas Konkretes vorliegt.

Ich möchte noch betonen, dass ich Ihre Kritik, der Haushalt sei politisch gemacht, grundsätzlich etwas schräg finde. Wie soll er denn sonst gemacht werden? Unpolitisch? Unstrategisch?

(Dietmar Brockes [FDP]: Anhand nachvollziehbarer Kriterien – das ist was anderes!)

– Naja, die Prioritätensetzung im Haushalt ist total nachvollziehbar. Sie selbst kritisieren an jeder Stelle die hohen Energiekosten, sind aber nicht bereit, es als Teil einer Lösung und einer wirtschaftspolitischen Antwort auf die aktuelle Situation anzuerkennen, wenn man diese angeht. Das passt doch nicht zusammen, Herr Brockes.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Also wirklich, da müssen Sie sich auch mal entscheiden. Ich halte es für richtig, dass Haushalte politisch gemacht werden. Auch der Haushalt von Herrn Pinkwart mit der immer mal wieder kritisierten Innovationsförderung war durchaus kein unpolitischer Haushalt. Es ist legitim, wenn jede Regierung auch politische Prioritäten setzt und unterschiedliche Strategien und Antwortvorschläge auf die Herausforderungen der jeweiligen Zeit hat.

Wir haben unsere Prioritäten meines Erachtens nachvollziehbar begründet. Dieser Haushalt mit dem Einzelplan 14 setzt die richtigen, und wir als Grünenfraktion werden ihm selbstverständlich zustimmen.

Alle in dieser Sitzung gestellten Änderungsanträge einschließlich ihrer Begründungen sowie das jeweilige Abstimmungsverhalten der Fraktionen sind Vorlage 18/1912 zu entnehmen.

Alle vorliegenden Änderungsanträge werden vom Ausschuss abgelehnt.

Der Ausschuss stimmt dem Einzelplan 14 in seinem Zuständigkeitsbereich in unveränderter Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD zu.

